



Foto: Matthias Rude

Pressefreiheit unter Beschuss Die Zeitenwende und die Medien

von Sophie Voigtmann

Zusammenfassung

Die Studie untersucht die Entwicklung der Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland, insbesondere seit der 2022 ausgerufenen „Zeitenwende“. Sie analysiert, wie Medien in die Legitimation von Aufrüstung und Kriegspolitik eingebunden werden, und zeigt, dass insbesondere antimilitaristische Positionen zunehmend Repressionen ausgesetzt sind. Neben ökonomischen Abhängigkeiten und strukturellen Verflechtungen zwischen Medien, Politik und Wirtschaft dokumentiert die Studie auch direkte staatliche Eingriffe. Ein Überblick über kritische Studien und Fallbeispiele belegt, dass es sich historisch nicht um eine neue Erscheinung handelt. Am Beispiel der aktuellen Sanktionierung des Journalisten Hüseyin Doğru wird gezeigt, wie kritische Medienschaffende unter Druck geraten und der Vorwurf der „Desinformation“ zur Delegitimierung journalistischer Arbeit genutzt wird. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass sich im Zuge der Militarisierung eine Einschränkung der Pressefreiheit beobachten lässt, die zunehmend auch direkte Repressionen umfasst.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
1 Was bisher geschah	2
1.1 Militarisierung der Medien.....	3
1.2 Propaganda-Netzwerke.....	3
1.3 Die ideologische Front	4
1.4 Im Sinne der Staatsräson	5
2 Grenzen der Pressefreiheit	6
2.1 Freier Medienmarkt	6
2.2 Druck von allen Seiten.....	6
2.3 EU- und NATO-Strategien.....	7
2.4 Medien als Teil kritischer Infrastruktur	7
3 Eskalation der Repressionen	8
3.1 Direkte Eingriffe des Staates	8
3.2 Journalisten im Fadenkreuz.....	9
3.3 Desinformation als Waffe.....	10
3.4 Wenn Unrecht zu Recht wird.....	11
3.5 Fortgesetzte Angriffe auf die Pressefreiheit.....	12
Fazit: Der Krieg wirft seine Schatten voraus.....	13

Einleitung

„FREIE PRESSE – SCHÜTZEN, WAS UNS WICHTIG IST“, stand in großen Buchstaben auf Postern, welche die Europäische Union zum Internationalen Tag der Pressefreiheit 2026 plakatieren ließ. Eines dieser Plakate fand sich ausgerechnet vor der Haustür des deutschen Journalisten Hüseyin Dođru, der seinen Augen kaum traute: Er wird seit einem Jahr massiv von der EU sanktioniert, weil er – angeblich im Dienste der russischen Regierung – die offiziellen Narrative der Aufrüstung und Kriegstreiberei infrage stellt.¹ Die Behauptung der EU, für den Schutz von Journalisten und einer unabhängigen Presse einzustehen, ist nicht nur unglaublich, sondern ein Schlag ins Gesicht für alle Medienschaffenden, die im Zuge der sogenannten Zeitenwende zunehmend unter Druck geraten.

Trotz formaler Pressefreiheit kommt es durch finanzielle Abhängigkeiten und personelle Verflechtungen von Wirtschaft, Politik und Medien zu einem Gleichklang, was Kriegstreiberei und Aufrüstung angeht. Dass das im Westen nichts Neues ist, zeigt die vorliegende Studie anhand einiger Beispiele aus den vergangenen Jahrzehnten auf. Sie gibt einen Überblick über kritische Analysen zu dieser Thematik und wirft dabei einen genaueren Blick auf die Darstellung des Ukrainekriegs in den deutschen Medien. Anschließend wird gezeigt, dass die Mechanismen des freien Marktes Bedingungen schaffen, welche kritische Pressearbeit massiv unterminieren. Insbesondere in Zeiten von Krieg und Krise greifen staatliche Institutionen zusätzlich zu repressiven Maßnahmen und hebeln die bürgerlichen Freiheiten aus, die sonst zur Inszenierung der eigenen moralischen Überlegenheit genutzt werden. So wird die ideologische Aufrüstung seit der Zeitenwende massiv beschleunigt: In der EU – wie auch speziell in Deutschland – finden aktuell Einschränkungen des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit statt, von denen besonders antimilitaristische und internationalistische Positionen betroffen sind. Die Medien werden zunehmend in die Strategien der deutschen und EU-weiten Kriegsvorbereitungen eingebunden, die Verschlechterung der Bedingungen journalistischer Arbeit ist hierbei ein zusätzlicher Faktor. Dabei reichen die Maßnahmen von Versuchen der Einflussnahme, Überwachung und Diffamierung bis hin zu massiven Sanktionen – das zeigt exemplarisch der Fall Hüseyin Dođru. Die klassischen Mechanismen der Beeinflussung sind häufig schwer zu erfassen, da sie weniger über strafrechtliche Verfahren oder offene Zensur als über indirekten Druck, Abschreckung und strukturelle Einflussnahme wirken. Doch die Repression tritt zunehmend offen zutage, und damit verschärft sich der Druck auf kritische Gegenöffentlichkeiten und unabhängige Berichterstattung insgesamt.

Die vorliegende Studie zeichnet diese Entwicklung nach und belegt einen gefährlichen Trend: Im Namen des Kampfes gegen Schurkenstaaten und autoritäre Machthaber sowie angebliche Desinformationskampagnen, Vaterlandsverräter und Kriegsverweigerer im Inland entwickelt sich die Bundesrepublik Deutschland unter den Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte zu einem immer offe-

ner repressiv auftretenden Staat. Die Interessen der Herrschenden werden vor den eigenen Staatsbürgern geschützt – und sofern die Grundrechte auf Presse- und Meinungsfreiheit dies behindern, erweisen sie sich als entbehrlich und werden entsprechend schrittweise entsorgt.

1 Was bisher geschah

Wie große Presseorgane, Fernseh- und Rundfunkanstalten die Kriegspropaganda der Herrschenden vermitteln, dokumentieren diverse Untersuchungen zu den Kriegslügen der NATO-Staaten und der Rolle der Massenmedien aus den vergangenen Jahrzehnten. Um die Rüstungsausgaben der Bundesregierung und die Drohgebärden der NATO zu rechtfertigen, werden diese als notwendige Akte der Verteidigung inszeniert. Imperialistische Konkurrenz und geostrategische Machtspiele werden als naturgegebene Tatsachen dargestellt und es wird suggeriert, es gäbe in der Schlacht gegen die Bürger anderer Staaten für die breite Bevölkerung etwas zu gewinnen. Kritische Stimmen, die für Frieden und Völkerverständigung plädieren und auf die treibenden Kräfte hinter der Militarisierung in den Führungsetagen und Regierungsämtern aller Länder hinweisen, werden ignoriert oder sogar diffamiert. Das zeigen insbesondere neuere Untersuchungen im Kontext der Auseinandersetzungen um die Ukraine und Palästina. Medien informieren nicht nur, sondern erzeugen auch öffentliche Zustimmung für Aufrüstung und Kriegseinsätze. Studien legen nahe, dass dies nicht zuletzt auf die enge Verflechtung mit politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen zurückzuführen ist.

1.1 Militarisierung der Medien

Der investigative Journalist Julian Assange, der eine zentrale Rolle bei der Veröffentlichung geheimer Dokumente zu Kriegsverbrechen des US-Militärs spielte und infolgedessen massivste Repressionen erlebte, erklärte, nahezu jeder Krieg der vergangenen fünfzig Jahre sei von Medienlügen vorbereitet und begleitet worden – da die Bevölkerung Kriegen grundsätzlich skeptisch gegenüberstehe, müsse sie ausgetrickst und in den Krieg hineingelockt werden.² Tatsächlich gibt es einige gut dokumentierte Fälle, in denen NATO-Staaten ihre Angriffskriege mit medial verbreiteten Falschinformationen legitimierten. Ein Klassiker zur Rolle der Massenmedien bei der Propagierung von staatlichen, militärischen und ökonomischen Interessen ist „Manufacturing Consent“ (1988) von Edward S. Herman und Noam Chomsky. Anhand des Vietnamkriegs und anderer Fallbeispiele zeigen die Autoren die „Unterordnung der Medien unter die Erfordernisse des Staats-Propagandasystems“ auf.³

Als historisches Beispiel für die mediale Vermittlung kriegsfördernder Narrative im internationalen Kontext nennt der Kommunikationswissenschaftler und Soziologe Siegfried Weischenberg in seinem Buch „Medienkrise und Medienkrieg“ den Irak-Kuwait-Krieg, bei dem 1991 eine Koalition unter Führung der USA intervenierte. In den USA wurde die Veröffentlichung von Informationen massiv durch militärische und politische Stellen kontrolliert. Zudem wurden gefälschte Gräueltaten – darunter

die sogenannte Brutkastenlüge – über die Massenmedien verbreitet, um den Krieg zu legitimieren. Die politische Rolle der Medien zeigte sich auch 2003, als die USA völkerrechtswidrig den Irak angriffen. Die Invasion wurde von der US-Regierung unter George W. Bush im Rahmen des „War on Terror“ gerechtfertigt; insbesondere wurde behauptet, dass Staatspräsident Saddam Hussein mit al-Qaida in Verbindung stehe und einen Angriff mit Massenvernichtungsmitteln auf die USA plane. Diese „Fake News“ waren Weischenberg zufolge entscheidend für die Legitimierung des Krieges – der Fall zeige, „wie die Wirklichkeitskonstruktion durch Massenmedien funktioniert“. In der Kriegsberichterstattung werde meist „die Wirklichkeit der Interessenvertreter“ in Politik und Militär dargestellt. So arbeiteten „die Militärs, die Politiker und die Geschäftemacher der Medienindustrie“ gemeinsam daran, die öffentliche Meinung über Krieg zu beeinflussen.⁴

1999 unterstützten deutsche Medien den mit Lügen und Manipulationen gerechtfertigten NATO-Einsatz im Kosovo, indem sie die Narrative der Bundesregierung unkritisch verbreiteten. Wie sich in dieser Zeit speziell in der Partei Die Grünen eine Abkehr von der Friedensbewegung und eine Hinwendung zur NATO vollzog, untersuchte der Autor und Journalist Matthias Rude in „DIE GRÜNEN. Von der Protestpartei zum Kriegaakteur“. Insbesondere der damalige Außenminister und Vizekanz-

ler Joschka Fischer setzte sich aggressiv für die deutsche Beteiligung an den NATO-Bombardierungen im Kosovo-Krieg ein, schoss gegen pazifistische Positionen und hatte dabei „die Medienmacht im Rücken“.⁵ Der Friedensforscher Wilhelm Kempf betonte in der Zeitschrift FriedensForum die Bedeutung der medialen Rechtfertigung von Kriegen als angeblich notwendige Verteidigung gegen einen gefährlichen Feind. Um Zustimmung zum Krieg zu erzeugen, seien nicht unbedingt Lügen notwendig – auch durch gezielte Auswahl und Darstellung von Informationen sei es möglich, die Wahrnehmung zu beeinflussen.⁶

1.2 Propaganda-Netzwerke

Es lässt sich immer wieder beobachten, wie relevante Teile der Medienlandschaft sich im Sinne von Militarisierung und deutscher Staatsräson positionieren und ihre Berichterstattung entsprechend anpassen.⁷ Doch wie kommt es dazu, dass die Narrative der Kriegstreiber unkritisch in den Medien verbreitet werden? Matthias Rude berichtete 2010, wie die Medien das neue deutsche Großmachtstreben flankieren. Dabei stellte er fest, dass eine große Nähe zu militärpolitischen Akteuren herrsche.⁸ Der Medienwissenschaftler und Journalist Uwe Krüger veröffentlichte 2013 seine Studie „Meinungsmacht“ mit dem Untertitel „Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und



Photograph Source: Garry Knight – CC BY 2.0

Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse“. In einem Interview erklärte er, es gebe „einen Gleichklang von wichtigen Medien, die sich zusammen mit Eliten aus Politik und Wirtschaft für mehr Rüstung und weltweite Bundeswehreinätze engagieren“ – während die öffentliche Meinung diesbezüglich tendenziell kritisch sei. Krüger analysierte das Verhältnis großer deutscher Medien und führender Journalisten zu politischen und wirtschaftlichen Eliten. Insbesondere in den Bereichen Außenpolitik und transatlantische Beziehungen konnte er eine deutliche Nähe belegen: „Führende Journalisten sind hier in ein ziemlich dichtes Kommunikationsnetzwerk eingebunden, affin zur NATO, zu den USA, zur Bundesregierung.“ Beispiele sind die Münchner Sicherheitskonferenz, Organisationen wie die Atlantik-Brücke, Stiftungen und Think Tanks. Krüger beobachtete infolgedessen eine „Korrelation“ inhaltlicher Positionen: „Da werden dann Bedrohungskataloge abgespult, die in Doktrinen und Dokumenten der Bundesregierung, der NATO, der USA auftauchen, und es wird regelrecht Werbung gemacht für eine umfassende Sicherheitspolitik.“⁹ Als die Satiresendung „Die Anstalt“ am 29. April 2014 derartige Netzwerke und Abhängigkeiten darstellte, reagierten die Betroffenen empfindlich: Ein Herausgeber und ein Journalist von Die Zeit erwirkten Unterlassungsverfügungen gegen das ZDF wegen der Darstellung ihrer Mitgliedschaft in diversen Lobby-Organisationen. Doch nach mehreren Instanzen hob schließlich knapp drei Jahre später der Bundesgerichtshof (BGH) die gefällten Urteile auf und stellte fest, dass keine strafbaren Aussagen getätigt worden seien.¹⁰

Die Vernetzung großer Medien mit der Regierungspolitik und den Lobby-Verbänden erklärt, warum Journalisten die Militarisierung mittragen. In seinem Buch „Innere Zeitenwende“ nennt Ingar Solty, Autor und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zahlreiche Beispiele dafür, dass deutsche Leitmedien mitunter sogar als Einpeitscher der Zeitenwende auftreten. Als Scholz im Frühjahr 2022 nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine die „Zeitenwende“ ausrief, wurde dies kaum kritisch hinterfragt. Seither überbieten sich führende deutsche Medien gegenseitig in der Einstimmung auf den nächsten Krieg. Diese „geistige Vorbereitung“ ist notwendig, so Solty, andernfalls wäre kaum die Bereitschaft vorhanden, „die ökonomischen, sozialen, politischen und menschlichen Kosten des Militarismus und der Kriegführung zu tragen“.¹¹

Klaus Weber, Professor für Psychologie an der Hochschule München, analysierte unter dem Titel „Kampfblatt des autoritären Liberalismus“ (2025) am Beispiel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) systematisch, wie eine große Zeitung „als Wegbereiterin von ‚Kriegstüchtigkeit‘“ fungiert. Insbesondere FAZ und Süddeutsche Zeitung „unterstützen Aufrüstung, Rassismus und völkisch-nationalen Patriotismus“, schreibt Weber.¹² Zahlreiche Beiträge rechtfertigen die Militarisierung und fordern ihre Beschleunigung, während die „Interessen hinter der bundesdeutschen Kriegspropaganda“ von der FAZ „verschwiegen bzw. verschleiert“ werden.¹³ Weber hält zudem fest, dass „der Kriegshetze gegen den ‚Feind im Osten‘, der laut FAZ vor den Toren Berlins steht, die massive Feind-

bekämpfung im Inneren folgt“.¹⁴ In seinem Gastbeitrag in Webers Buch führt der Politikwissenschaftler Wolfram Adolphi aus, wie der „Bellizismus als Faschisierungstreiber“ wirkt.¹⁵

1.3 Die ideologische Front

Die Rolle der Medien wurde zuletzt im Kontext des Ukrainekriegs kritisch diskutiert. Eine Studie zur Berichterstattung in den ersten Monaten des Krieges stellte fest, dass die meisten deutschen Leitmedien „überwiegend für die Lieferung schwerer Waffen plädiert und diplomatische Verhandlungen als deutlich weniger sinnvoll charakterisiert“ hatten.¹⁶ In der Studie der Informationsstelle Militarisierung (IMI) „Von der Schmutzdecke in die Systemrelevanz“ thematisierte Jonas Uphoff 2024 eine „mediale Zeitenwende im öffentlichen Diskurs über Rheinmetall“. Er zeigte, wie etablierte Leitmedien sich tendenziell – wenn auch nicht ausschließlich – unkritisch im Sinne der staatlichen und ökonomischen Ordnung und der Militarisierung äußern: „Wirtschaftliche Sachzwänge, herrschende Ideologien sowie gesellschaftliche Machtbeziehungen drücken sich auch in ihrer Arbeitsweise und Berichterstattung aus.“ Dabei würden hegemoniale Narrative „nicht auf planvolle, staatliche Anordnung, sondern eher auf eine organische Weise“ verbreitet, wobei „die strukturellen Bedingungen der Medien genauso entscheidend sein können, wie planvoll formulierte politische Agenden“. Am Beispiel Rheinmetalls zeigte Uphoff, wie die Rüstungsindustrie, die früher ein eher negatives Image hatte, „von der öffentlichen, medial vermittelten Meinung mehr Akzeptanz und Legitimität erfährt“. Das Unternehmen Rheinmetall, dessen Aktienkurs seit Anfang 2022 um das Zwanzigfache gestiegen ist, werde als politischer Akteur normalisiert und legitimiert. Fazit: Mit der veränderten Darstellung Rheinmetalls „flankiert die ‚Vierte Gewalt‘ den Höhenflug der Industrie im ideologischen Überbau“.¹⁷

In einem Forschungsbericht zur „Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg“ für die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall stellten die Autoren im Januar 2023 fest, dass die untersuchten Leitmedien hinsichtlich bestimmter Sachverhalte einheitlich berichteten. So wurde „die militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen und die Lieferung schwerer Waffen im Besonderen in den meisten der untersuchten Medien als deutlich überwiegend sinnvoll und auch als sinnvoller als diplomatische Maßnahmen dargestellt“, während die Bundesregierung unter Kanzler Scholz aufgrund der diesbezüglichen Zurückhaltung kritisiert wurde.¹⁸ Leo Keller und Harald Welzer kamen in der Studie „Die veröffentlichte Meinung“ zu einem ähnlichen Ergebnis. Zudem beschrieben sie eine Verschiebung im Selbstbild des politischen Journalismus „von der kritischen Berichterstattung und Kommentierung hin zum politischen Aktivismus, von der Kontrolle zur Beeinflussung“. Ihre Befunde legen nahe, dass zahlreiche Journalisten es als ihre Aufgabe betrachten, „die große Eskalation eines entgrenzten Kriegs oder eines Atomkriegs“ – so Keller und Welzer – „herbeizuschreiben“.¹⁹



In seinem Artikel „Die Militarisierung der Medien“ in der von der Gewerkschaft ver.di herausgegebenen Zeitschrift „M – Menschen Machen Medien“ beklagte der Journalist Günter Herkel das Fehlen einer kritischen Haltung, beispielsweise in der Berichterstattung über den Ukrainekrieg. In Teilen der Medien würden zunehmend militärische Narrative vertreten und die Eskalation vorangetrieben, ebenso sei in Talkshows Einseitigkeit an der Tagesordnung. Zusammengefasst: Perspektiven, „die vom herrschenden NATO-Narrativ abweichen, kommen in der öffentlichen Debatte selten vor“, stattdessen liege die Deutungshoheit „fast ausschließlich bei Kräften, deren politische Strategievorschläge sich in der Losung ‚Waffen, mehr Waffen, noch mehr Waffen für die Ukraine‘ erschöpfen“.²⁰

1.4 Im Sinne der Staatsräson

Der politische Influencer Simon David Dressler erklärte in seinem Beitrag zum IMI-Kongress 2025, dass in öffentlich-rechtlichen Talkshows antimilitaristische Haltungen stark unterrepräsentiert seien. Einzelne antimilitaristische Stimmen würden als angeblich unhaltbare Minderheitenposition vorgeführt und dienen zugleich als Alibi, um zu demonstrieren, dass ein kritischer Diskurs mit abweichenden Meinungen gepflegt wird – dabei werde jedoch keine Zeit gelassen, um wirklich Argumente vorzubringen. Anstatt in der Bevölkerung verbreitete Meinungen abzubilden, werde im Sinne des Wirtschaftsstandorts Deutschland in der internationalen ökonomischen Konkurrenz argumentiert. Dressler meint: Der Militarismus „als Wachstumsmodell (Rüstungsindustrie statt Autobranche) und geopolitische Notwendigkeit“ prägt „die allgemeine mediale Linie“, und diese „wird nie weit von den bürgerlichen Staatszielen abweichen“.²¹

Ähnliche Überlegungen stellte die Politikwissenschaftlerin Renate Dillmann in „Medien. Macht. Meinung.“ (2024) an. Demnach informieren die führenden Medien die Bevölkerung ausgehend vom nationalen Standpunkt der deutschen Regierung, wobei Kapitalismus und Staa-

tenkonkurrenz unhinterfragt vorausgesetzt werden. Seit der „Zeitenwende“ finde eine „geistige Aufrüstung“ statt: Die großen Medien würden die Notwendigkeit von Opferbereitschaft angesichts der inszenierten Bedrohung Deutschlands vermitteln.²² Schon Michael Parenti betrachtete es als wesentliche Funktion der Medien, Zustimmung zur bestehenden sozialen und ökonomischen Ordnung zu organisieren und kritisches Denken zu unterbinden. In seinem Buch „Inventing Reality. The Politics of Mass Media“ (1986) schrieb er, die Verzerrungen der Medien seien nicht zufällig, sondern wiesen ein Muster auf und bewegten sich immer wieder in die gleiche Richtung. So stellten sie beispielsweise grundsätzlich „Rüstungswettlauf-Militarismus über Abrüstung, Nationalchauvinismus über Internationalismus“.²³

In seiner Studie „Staatsräsonfunk“ dokumentiert der Journalist Fabian Goldmann, wie deutsche Medien über die Lage in Palästina berichtet und „das wahre Ausmaß israelischer Verbrechen oft verschleiert, verharmlost, gerechtfertigt oder gleich ganz verschwiegen“ haben. Anstatt journalistische Standards einzuhalten, „übernahm ein Großteil der deutschen Medienschaffenden die Narrative einer Kriegspartei“.²⁴ Goldmann fasst zusammen: „Regelmäßig spielen Medien eine aktive Rolle in der israelischen Kriegsführung – etwa, wenn sie helfen, zivile Infrastruktur („ Hamas-Kommandozentrale unter Krankenhaus XY“), Journalisten („ Hamas-Reporter“) oder Hilfsorganisationen („ Terror-Behörde UNRWA“) öffentlich als legitime Angriffsziele zu markieren.“²⁵ In Journalistenverbänden und journalistischen Kontrollgremien beobachtet er dieselben Probleme. Als Ursachen identifiziert Goldmann: „Druck auf und Angst unter Journalistinnen, die Konzentration und Kommerzialisierung des Mediensystems, Rassismus, die Fokussierung auf einen leicht zu produzierenden und politisch angepassten Verlautbarungsjournalismus, die kulturelle und politische Konformität in vielen Redaktionen“ und „politischer Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“, wobei diese Faktoren voneinander abhängen und sich gegenseitig verstärken.²⁶

2 Grenzen der Pressefreiheit

Die genannten Beispiele zeigen, wie die Medien den eigenen Staat als Kriegspartei unterstützen. Persönliche Beziehungen können dazu beitragen, dass weite Teile der Medienlandschaft sich aktiv für Aufrüstung einsetzen, anstatt für Aufklärung im Sinne der Völkerverständigung zu sorgen. Sie vertreten damit objektiv die Interessen der Unternehmer und Aktionäre und ihrer Vertreter im Politikbetrieb. Die formale Pressefreiheit kann nicht verhindern, dass finanzielle Ressourcen eine direkte Einflussnahme auf öffentliche Meinung und politische Entscheidungen erlauben. Kritische Stimmen im Journalismus geraten zugleich unter Druck: Sowohl durch ökonomische Prekarität aufgrund schlechter Löhne und Arbeitsbedingungen, als auch zunehmend durch direkte Repressionen: Medienschaffende berichten von Anpassung, Unterordnung und Selbstzensur in den Redaktionen. Zudem begreifen EU und NATO ebenso wie die Bundesregierung die Medien zunehmend als Instrumente zur Beeinflussung der Bevölkerung. Durch Förderprogramme und eigene PR-Kampagnen sollen Journalisten beeinflusst und Narrative verbreitet werden. Gleichzeitig mehren sich die Hinweise auf Versuche, kritische Berichterstattung einzuschränken und zu unterbinden.

2.1 Freier Medienmarkt

Formell garantiert Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland die Presse- und Meinungsfreiheit: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Die praktische Ausübung dieser Rechte hängt jedoch von finanziellen Mitteln ab, erklärt Renate Dillmann. Die Eigentümer großer Verlage verfügen über privilegierte Möglichkeiten, um ihre Ansichten zu verbreiten. Da die Medienlandschaft in weiten Teilen in Form kapitalistischer Unternehmen organisiert ist, nehmen marktwirtschaftliche Mechanismen strukturell Einfluss auf journalistische Formen und Inhalte. So besteht eine Abhängigkeit vom Wohlwollen der großen Anzeigenkunden, es kommt angesichts der zunehmenden Marktkonzentration zu ökonomischem Druck und infolgedessen werden Arbeitsbedingungen verschlechtert und Zeit gespart, beispielsweise durch vermehrte unkritische Übernahme von Agenturmeldungen oder Pressemitteilungen von Politik und Unternehmen.²⁷

Der Politikwissenschaftler Jan Kadel erklärt unter dem Schlagwort „Zensur ohne Zensor“, warum sich Medienorgane als gewinnorientierte Unternehmen im Sinne der bestehenden Machtverhältnisse äußern: „Zunehmende Eigentumskonzentration, hohe Managergehälter, politische Konformität, Gewerkschaftsfeindlichkeit und Profitstreben prägen die Branche.“ Durch den Zwang zu Gewinnmaximierung und die Abhängigkeit von Werbepartnern werden Inhalte beeinflusst, zudem greifen Medienschaffende aufgrund ihrer prekären Arbeitssituation auf etablierte Narrative oder auch Veröffentlichungen staatlicher Stellen zurück.²⁸ In „Manufacturing Consent“ heißt es zur politischen Ökonomie der Massenmedien, dass große Werbekunden kaum Programme sponsern würden,

die ernsthafte Kritik an Unternehmensaktivitäten wie beispielsweise Umweltzerstörung oder dem militärisch-industriellen Komplex äußern: „Fernsehsender lernen im Laufe der Zeit, dass sich solche Sendungen nicht verkaufen lassen und nur unter finanziellen Opfern ausgestrahlt werden könnten, und dass sie zudem mächtige Werbetreibende verärgern könnten.“²⁹

Der freie Markt schafft mit ökonomischer Prekarität einerseits und Vermögens- und damit Machtkonzentration andererseits die Bedingungen der Anpassung an Staatsräson, Wirtschaftsinteressen und herrschende Machtverhältnisse. Laut Jan Kadel macht „der Druck, sich an redaktionelle Erwartungen und berufliche Sicherheitsüberlegungen anzupassen, [...] um Problemen und Repression aus dem Weg zu gehen“, die „tatsächliche, direkte Zensur in den meisten Fällen überflüssig“. Diese werde praktisch durch den einzelnen Journalisten selbst übernommen, der sich in vorseilendem Gehorsam anpasse. Aufgrund der weitgehenden Abwesenheit von äußerer Machtanwendung werde die Beeinflussung in der Folge jedoch gar nicht als Form der Zensur wahrgenommen.³⁰

2.2 Druck von allen Seiten

Schon 2014 berichtete ein Redakteur des deutschen Auslandssenders Deutsche Welle (DW) von Vorgaben bezüglich der Wortwahl und Eingriffen in die journalistische Sprache: Es werde „das offizielle Vokabular des Kanzleramts übernommen“. Der Redakteur spricht sowohl von „Zensur“ als auch von „Selbstzensur“ aufgrund der prekären Beschäftigung und finanziellen Abhängigkeit: Wer „seinen Job behalten“ wolle, berichte in einer Weise, die „keinen Anstoß erregt“.³¹ Insbesondere in Zeiten der Krise und der Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse steigt dieser Anpassungsdruck massiv.

Laut Reporter ohne Grenzen (RSF) nimmt die „finanzielle Abhängigkeit“ von Journalisten in Deutschland zu, was „kritischen Journalismus schwächt und Desinformation begünstigt“. Zudem geraten trotz formaler Pressefreiheit Journalisten auch durch konkrete Angriffe und Einschüchterung unter Druck. RSF zufolge „verengte sich der Meinungskorridor in deutschen Redaktionen“ nach dem 7. Oktober, insbesondere bezüglich der Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen in Gaza oder die israelische Kriegsführung. Journalisten beklagten die „eingeschränkte Themenwahl, restriktive Sprachvorgaben und Angst vor Antisemitismusvorwürfen“, was auch zu „Selbstzensur“ führte.³² Auch eine Studie des European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF) und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld vom Frühjahr 2026 stellte fest, dass viele Journalisten in ihrem Arbeitsalltag Beleidigungen, Bedrohungen oder Diffamierungen erleben. Dies wirke speziell belastend aufgrund der zunehmenden Prekarisierung journalistischer Arbeitsbedingungen. Infolgedessen nehme eine Mehrheit der Befragten „eine zunehmende Gefährdung der Pressefreiheit in Deutschland wahr“, die sich nicht nur aus politischen Debatten,

sondern auch infolge des „strukturellen Drucks im beruflichen Alltag“ ergebe.³³

Medienschaffende stehen also ökonomisch unter Druck, was wiederum die Einflussnahme durch staatliche Förderprogramme begünstigt. In dem Report „Brussel's media machine: EU media funding and the shaping of public discourse“ analysierte der italienische Autor Thomas Fazi im Juni 2025 die systematische Medienförderung der EU. Fast 80 Millionen Euro würden jährlich ausgegeben, um Medienprojekte in Europa und darüber hinaus zu beeinflussen. Auch ohne direkte redaktionelle Einmischung schwächt die strukturelle Abhängigkeit von den Geldern der EU die kritische Funktion dieser Medien und begünstigt eine Anpassung der Narrative bis hin zur Selbstzensur. So würden Presseorgane „finanziell dazu angeregt, die offiziellen Positionen der EU und der NATO widerzugeben“. Diese Bestrebungen, die geopolitischen Interessen von NATO und EU zu propagieren, werden häufig als „Bekämpfung von Desinformation“, „Demokratieförderung“, Förderung von „Medienpluralismus“ oder „unabhängigem Journalismus“ dargestellt.³⁴

2.3 EU- und NATO-Strategien

Abgezeichnet hat sich diese Entwicklung bereits seit einigen Jahren: In einer Entschließung des EU-Parlaments mit dem Titel „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“ von 2016 werden als Formen der Propaganda unter anderem solche Informationen genannt, die dazu geeignet sind, „Zweifel“ oder „Angst und Unsicherheit bei den EU-Bürgern zu schüren“. Um dagegen vorzugehen, fordert das Parlament neben der Einflussnahme auf journalistische Arbeit die EU-Mitgliedstaaten auf, „feindliche Informationsmaßnahmen [...] aktiv, vorbeugend und gemeinsam zu bekämpfen“. Zudem solle „für die Widerstandsfähigkeit der Informationssysteme“ gesorgt werden, und zwar „insbesondere gegen Dienstverweigerung und Unterbrechungen, denen bei hybriden Konflikten und Bemühungen, Propaganda entgegenzuwirken, eine zentrale Rolle zukommen kann“.³⁵ Im selben Jahr stellte eine Studie von Anthony Mills und Katharine Sarikakis fest, dass investigative Journalisten durch Überwachung in westlichen Demokratien zunehmend eingeschüchtert und unterdrückt werden – auch wenn hier „staatlicherseits nicht mit Gewalt gedroht“ werde, gebe es „eindeutige Einschüchterungsversuche öffentlicher Behörden gegenüber investigativen Journalisten in Westeuropa“.³⁶

Die 2017 veröffentlichte Studie „Mitigating Disinformation Campaigns Against Air Power“ des Luftwaffen-Kompetenzzentrums der NATO (Joint Air Power Competence Centre – JAPCC) widmete sich der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der NATO. Kritische Nichtregierungsorganisationen und Medien werden darin als problematische Akteure betrachtet: Angeblich „ist ein anti-Nato und insbesondere ein anti-amerikanischer Bias in der Medienberichterstattung üblich und kann einen Einfluss darauf haben, wie die Öffentlichkeit militärische Einsätze wahrnimmt“. Die Studie empfiehlt, das Vertrauen der

Zivilbevölkerung in Militär und NATO durch den Ausbau von Public Relations und Public Diplomacy zu erhöhen; in diesem Sinne sollen auch engere Beziehungen zu Journalisten aufgebaut werden: „Ein effektiver erster Schritt, um die Öffentlichkeit zu unterrichten, wäre es, Mitglieder der Medien zu unterrichten, welche dann in der Lage sind, dieses Wissen durch präzise Berichterstattung an die Öffentlichkeit weiter zu geben.“³⁷

Im März 2026 wurden in einem Strategiepapier des Thinktanks Centre for European Reform (CER) ähnliche Empfehlungen ausgesprochen: Unter dem Titel „How to build public support for defence spending in Europe“ wurde zunächst festgestellt, dass es an öffentlicher Unterstützung für die infolge der hohen Rüstungsausgaben notwendigen Haushaltskürzungen und Steuererhöhungen fehle. Unter dem Schlagwort „Kanonen statt Butter“ werde die Konkurrenz zwischen Sozial- und Militärausgaben diskutiert. Daher müssten Regierungen gezielt einen gesellschaftlichen Konsens für die umfassende Aufrüstung herstellen. CER empfiehlt in dem Strategiepapier eine sorgfältig geplante Kommunikationskampagne, die das allgemeine Bedrohungsempfinden verstärken und Zustimmung zu den Rüstungsausgaben sowie den damit verbundenen Konsequenzen sichern soll. Dazu sollen neben Kulturinstitutionen und prominenten Persönlichkeiten auch die Medien aktiv eingebunden werden.³⁸ In EU und NATO ist die Frage, wie unliebsame Veröffentlichungen unterbunden und dem eigenen Militär gegenüber unkritische Narrative befördert werden können, nicht neu. Mehr oder weniger explizit wird kritische Berichterstattung problematisiert, ihre Bekämpfung gefordert und die Einflussnahme auf Medienschaffende debattiert.

2.4 Medien als Teil kritischer Infrastruktur

Unter Schlagworten wie „Informationskrieg“ und „hybride Kriegführung“ werden Medienarbeit und Kommunikation zunehmend als sicherheitsrelevanter Bereich verstanden. Medienschaffende sollen insbesondere in Krisensituationen zur Stabilität der öffentlichen Ordnung beitragen, Kritik an bestehenden staatlichen Strukturen und wirtschaftlichen Verhältnissen erfährt demgegenüber eine direkte Einschränkung. Sogenannte kritische Infrastrukturen (KRITIS), die für den Erhalt der etablierten sozialen Ordnung relevant sind, sollen im Kontext der „Zeitenwende“ widerstandsfähiger gemacht werden – und zwar gegen Angriffe von außen ebenso wie gegen Sabotageaktionen und Proteste –, so sieht es das „KRITIS-Dachgesetz“ vor, das Anfang 2026 beschlossen wurde. Während diese Entwicklungen für die KRITIS-Bereiche Energieinfrastruktur, Kommunikationstechnologie, Ernährung und Gesundheit relativ umfassend diskutiert werden, gibt es bislang kaum eine öffentliche Debatte über die Auswirkungen in den Bereichen Kultur und Journalismus.

Bereits 2009 wurden in dem Papier „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie)“ des Bundesinnenministeriums (BMI) „Medien und Kulturgüter“ als „unverzichtbare sozioökonomische Dienstleistungsinfrastrukturen“ genannt.³⁹ Medien und

Kultur bilden laut Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) einen der zehn KRITIS-Sektoren, welcher neben verschiedenen Kulturinstitutionen die Branchen Rundfunk (Fernsehen und Radio) und Presse (Print und Online) umfasst. Zu deren sicherheitsrelevanten Dienstleistungen zählen neben der Warnung und Alarmierung die Versorgung mit Informationen und das Herstellen von Öffentlichkeit.⁴⁰ Dem BBK zufolge erfüllen Medien als Informationsquellen „wichtige Bildungsaufgaben in der Bevölkerung, aber auch politische Kontrollfunktionen“.⁴¹ Als Teil kritischer Infrastruktur stehen Presse und Rundfunk zunehmend im Fokus politischer Auseinandersetzungen. Zwar sind die konkreten Folgen noch weitgehend unbekannt, doch wird bereits deutlich, dass die Medien insbesondere im Krisen- beziehungsweise Kriegsfall ihre Rolle für den Erhalt der bestehenden Ordnung erfüllen sollen.

Umgekehrt wird aktuell bereits sichtbar, dass dissidente Stimmen, welche die bestehende staatliche und ökonomische Ordnung infrage stellen, zunehmend ins Fadenkreuz geraten. Renate Dillmann weist darauf hin, dass nach Artikel 18 des Grundgesetzes unter anderem die grundgesetzlich garantierte Presse- und Meinungsfreiheit nicht „zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht“ werden dürfen. Ihre Gültigkeit steht also in Zusammenhang mit einer Einschränkung, die staatlich definiert und kontrolliert wird. Der Spielraum der akzeptierten Positionen wird in Zeiten von Krieg und Krise kleiner, das zeigt sich auch in den vergangenen Jahren: „Versuche, Informationen (!) über Krisen und Kriege jenseits der üblichen Narrative zu publizieren, werden als ‚Desinformation‘ gebrandmarkt und zunehmend auch juristisch unter Beschuss genommen.“⁴²

3 Eskalation der Repressionen

NATO und EU, aber auch nationale Institutionen der BRD selbst, stellen das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit immer offener infrage. Dass einzelne Presseorgane oder Medienschaffende angegriffen und mit Repressionen belegt werden, ist nicht neu – doch die Fälle häufen sich. Dabei werden die Betroffenen in ihrer journalistischen Arbeit delegitimiert und diffamiert, um ihnen den Schutz durch die Pressefreiheit entziehen zu können. Seit der Ausrufung der Zeitenwende haben diese Repressionen neue Höhepunkte erreicht. Der Fall Dođru zeigt, wie massiv eine Stimme, die dem Kriegskurs der Herrschenden widerspricht, sanktioniert werden kann. Über die Stigmatisierung als „Desinformationsakteur“ wird ihm der Journalistenstatus abgesprochen und seine Arbeit in Zweifel gezogen. Gerade journalistische Berufsverbände und Gewerkschaften zeigen sich nicht solidarisch, sondern unterstützen mitunter sogar die Kampagne gegen Dođru. Angesichts der fortschreitenden Aufrüstung können diese Entwicklungen nur als Vorgeschmack auf zukünftige Repressionen gegen kritische Stimmen verstanden werden. Im Zuge der Militarisierung wird versucht, diejenigen aus dem Weg zu schaffen, die der von oben proklamierten Kriegstüchtigkeit entgegentreten.

3.1 Direkte Eingriffe des Staates

Die Marktförmigkeit der Medienlandschaft – insbesondere in Kombination mit Förderprogrammen von Institutionen wie der EU – sorgt dafür, dass medial verbreitete Narrative tendenziell das Interesse politischer und wirtschaftlicher Akteure an Aufrüstung und Kriegstreiberei widerspiegeln. Doch auch direkte Eingriffe sind in Deutschland zu verzeichnen: So versuchte Heckler & Koch Ende 2013 zusammen mit dem Verteidigungsministerium unter Ursula von der Leyen, den Militärischen Abschirmdienst (MAD) dazu zu bringen, gegen die Berichte kritischer Journalisten über das Bundeswehrgewehr G36 vorzugehen. Obwohl der MAD, der durch geheimdienstliche Ermittlungen „die Quellen für die Berichte finden und auch die Journalisten ausspähen“ sollte, dies ablehnte, ist der Fall als Versuch staatlicher Einflussnahme auf Journalismus, der die Rüstungsindustrie und Bundeswehr kritisch beleuchtet, zu registrieren.⁴³

Ein Präzedenzfall für die Unterminierung der Pressefreiheit war die Abschaltung der linken Internetplattform Indymedia Linksunten 2017, auf der neben vielen anderen Themen auch antimilitaristische Inhalte diskutiert wurden – Aufrufe zu Antikriegsaktionen, Protest gegen Rüstungsfirmen und die Bundeswehr sowie Kritik an NATO und Auslandseinsätzen. Die Plattform wurde nicht als Presseorgan, sondern als „Vereinigung“ eingestuft, was ein Verbot über das Vereinsrecht ermöglichte. Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen, kritisierte: „Dass die Bundesregierung ein trotz allem journalistisches Online-Portal durch die Hintertür des Vereinsrechts komplett verbietet und damit eine rechtliche Abwägung mit dem Grundrecht auf Pressefreiheit umgeht, ist rechtsstaatlich äußerst fragwürdig.“ Nach knapp fünf Jahren wurde zwar das strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die mutmaßlichen Betreiber wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129 StGB) eingestellt, doch das Verbot wurde nicht aufgehoben.⁴⁴

Ein weiteres Beispiel einer indirekten Einschränkung der Pressefreiheit: Die Tageszeitung junge Welt wird regelmäßig im Verfassungsschutzbericht erwähnt, was zu Schwierigkeiten mit Werbe- und Geschäftspartnern führt.⁴⁵ Als marxistisch orientierte Tageszeitung positioniert sich die junge Welt klar gegen Aufrüstung und die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und begleitet Proteste und antimilitaristische Kampagnen. 2021 antwortete die von Union und SPD geführte Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Partei Die Linke zum Thema „Presse- und wettbewerbsrechtliche Behinderungen durch Nennung der Tageszeitung ‚junge Welt‘ im Verfassungsschutzbericht“, es sei „gerade das Ziel“ dieser Maßnahme, der Arbeit der Zeitung „den weiteren Nährboden“ zu „entziehen“.⁴⁶ Eine Klage der Zeitung wurde vom Verwaltungsgericht Berlin abgewiesen und die Erwähnung im Bericht für rechtmäßig erklärt. Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz ist die Zeitung nicht nur ein Informationsmedium, sondern diene der politischen Mobilisierung und sei insofern nicht von der Meinungs- und Pressefreiheit geschützt.⁴⁷

Der Rat der Europäischen Union erließ im März 2022

ein Verbot der russischen Staatsmedien Russia Today (RT) und Sputnik. In dem Beschluss heißt es, eine durch Russland betriebene „systematische internationale Kampagne der Medienmanipulation und Verfälschung von Fakten“ sowie „kontinuierliche und konzertierte Propagandaaktionen“ müssten unterbunden werden.⁴⁸ 2024 wurde in Deutschland das laut Verfassungsschutz „gesichert rechts-extremistische“ Compact-Magazin über das Vereinsgesetz verboten. Die Maßnahmen betreffen also durchaus nicht nur linke, antimilitaristische Organe; in der Öffentlichkeit werden Verbotverfahren im Sinne des Verfassungsschutzes sogar vornehmlich als Verteidigung gegen die Gefahr von rechts verkauft. Doch das Compact-Verbot wurde nach einem Jahr vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) aufgehoben. In der Urteilsbegründung wurde „das Vereinsrecht in seinem Potenzial als Instrument für faktische Medienverbote dagegen eher bestätigt“. Unter Verweis auf den „geschichtlichen Zusammenhang deutscher Gesetzgebung“ wurde festgestellt, dass sich der Begriff der Vereinigung durchaus auch auf Medienunternehmen beziehen könne.⁴⁹ Der Fall deutet darauf hin, dass sich auch zukünftig die staatlichen Maßnahmen weniger gegen Rechte als gegen Linke richten werden. So waren auch die meisten der von den infolge des Radikalenerlasses 1972 verhängten Berufsverboten Betroffenen politisch links orientiert, insbesondere mit Bezug zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). In „Der lange Atem“ (1981) dokumentiert der Regisseur Christoph Boekel, wie die Proteste gegen die Wiederaufrüstung der BRD Anfang der 1950er Jahre bereits wegen angeblicher Verfassungsfeindlichkeit mit Repressionen überzogen wurden.

Dass staatliche Einflussnahme die Form direkter Zwangs-anwendung annehmen kann, belegt auch der Fall des investigativen Journalisten Julian Assange, der Machtmissbrauch und Kriegsverbrechen aufdeckte und infolgedessen als Gefährder der nationalen Sicherheit behandelt wurde. Über die 2006 von ihm gegründete Plattform WikiLeaks veröffentlichte Assange geheime Dokumente über US-Militäreinsätze, darunter ein Video, das den Beschuss von Zivilisten und Journalisten 2007 in Bagdad zeigt. Vor den darauf folgenden US-Justiz Ermittlungen floh er zunächst in die ecuadorianische Botschaft in London, wo er bis zu seiner Verhaftung durch die britische Polizei knapp sieben Jahre lang auf engstem Raum lebte. Aufgrund des Auslieferungsantrags der USA – wo ihm bis zu 175 Jahre Haft drohten – saß Assange weitere fünf Jahre im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Im Juni 2024 wurde er infolge eines Deals mit dem US-Justizministerium entlassen. Die jahrelange harte juristische Verfolgung schuf einen Präzedenzfall, der die Grenzen der Pressefreiheit neu definierte und abschreckend auf kritische Berichterstattung über militärische und politische Machtstrukturen wirkt. Amnesty International schreibt: „Die Veröffentlichungen Assanges waren keine Verbrechen, sondern entsprachen dem üblichen Vorgehen investigativer Journalist*innen.“⁵⁰

3.2 Journalisten im Fadenkreuz

Ein aktuelles Beispiel aus Deutschland ist der Journalist Hüseyin Dođru, der seit Mai 2025 von der EU sanktioniert wird. Dies geschieht im Rahmen des 17. EU-Sanktionspakets gegen Russland, dessen Bestimmungen somit erstmals gegen eine Einzelperson im Inland angewendet wurden.



Foto: Matthias Rude

Die Sanktionen sind weitreichend: Es wurden Doğrus Bankkonten eingefroren – zwischenzeitlich waren zudem die Konten seiner Ehefrau betroffen; zuletzt auch die seiner Mutter – und ein Reiseverbot, ein faktisches Berufsverbot sowie ein Verbot, Geld anzunehmen, erlassen; Spenden und andere Formen der Unterstützung sind potentiell strafbar. Es handelt sich bei diesen Maßnahmen nicht um ein rechtsstaatliches Strafverfahren, sondern um eine administrative Maßnahme ohne Gerichtsprozess. Die Sanktionen basieren auf einem Beschluss des Europäischen Rates vom 8. Oktober 2024 über „restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands“. Darin wird Hüseyin Doğru unter anderem vorgeworfen, dass über die Plattform Red Media, deren Chefredakteur Doğru bis zur Einstellung im Mai 2025 war, „systematisch falsche Informationen über politisch kontroverse Themen“ verbreitet worden seien, „mit der Absicht, unter seinem überwiegend deutschen Zielpublikum ethnische, politische und religiöse Zwietracht zu säen“. Zudem habe Red Media „enge finanzielle und organisatorische Verbindungen zu Organisationen und Akteuren der Staatspropaganda in Russland“. Doğru erklärte, Red Media habe „nie finanzielle Unterstützung von Russland oder russischen Sendern bekommen“; „über mehrere Ecken bestanden jedoch indirekte Verbindungen zu russischen Medien“, berichtete Jacobin.⁵²

Laut dem Europäischen Rat verbreitete Doğru „über seine eigenen Social-Media-Konten“ angeblich ebenfalls „falsche Informationen“. Damit unterstütze er „Handlungen der Regierung der Russischen Föderation, die die Stabilität und Sicherheit in der Union und in einem oder mehreren ihrer Mitgliedstaaten untergraben und bedrohen“ – unter anderem, indem er „koordinierte Informationsmanipulation“ betreibe.⁵³ Ähnliches wurde ihm auch in einem Schreiben des Generalsekretariats der EU, welches Doğru in Teilen auf X veröffentlichte, vorgeworfen.⁵⁴ Unter den Beispielen, die hierfür angeführt wurden, war Doğrus am 15. Juli 2025 auf X geteilte Kritik an Bundeskanzler Merz, der tags zuvor stolz gepostet hatte, Trumps USA würden „der Ukraine in großem Umfang Waffen zur Verfügung stellen, wenn die europäischen Partner dies finanzieren“. Doğru kommentierte ironisch, was Europa wirklich brauche, sei es, noch mehr für den zwischenimperialistischen Krieg der USA gegen Russland zu bezahlen – während die USA auf Kosten Europas von höheren Flüssiggas- und Waffenverkäufen profitieren.⁵⁵ Dass derartige kritische Aussagen bereits als sanktionswürdig gelten, deutet auf eine zunehmende Verengung der Spielräume im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit hin, insbesondere, was antimilitaristische Positionen betrifft. Doğru betonte selbst, diese „Kritik an Bundeskanzler Merz und der europäischen Waffenpolitik“ sei „keine prorussische Position“: Sie beschreibe „Russland als eine imperialistische Macht – und nicht als eine Kraft, die es zu verherrlichen gilt“.⁵⁶

Seit Dezember 2025 steht auch der Schweizer Jacques Baud, Militäranalyst und Sachbuchautor, auf der Sanktionsliste des Rates der Europäischen Union. Angeblich dient Baud „als Sprachrohr für prorussische Propaganda und verbreitet Verschwörungstheorien, indem er beispielsweise die Ukraine bezichtigt, ihre eigene Invasion her-

beigeführt zu haben, um der NATO beizutreten“ – dies genügt als Grundlage für die Sanktionierung.⁵⁷ Wie bei Doğru „gab es keine Anklage, kein Recht auf Anhörung, kein gerichtliches Verfahren, kein Urteil“, kommentiert der Politikwissenschaftler Ulrich Bausch. Selbst wenn Bauds Äußerungen falsch seien, sei das noch kein ausreichender Grund für die Sanktionen, meint er.⁵⁸ In der Regierungspressekonferenz vom 17. Dezember 2025 sagte der Sprecher des Auswärtigen Amts, Martin Giese, über die Sanktionen gegen Baud: „[A]lle, die auf diesem Feld unterwegs sind, müssen damit rechnen, dass es auch ihnen passieren kann.“⁵⁹

3.3 Desinformation als Waffe

Entscheidend ist in dieser Auseinandersetzung der Begriff der Desinformation, mit dem „feindliche“ Veröffentlichungen, die den eigenen Erzählungen widersprechen, diskreditiert und zunehmend kriminalisiert werden. Christoph Marischka thematisierte anhand eines Artikels der Süddeutschen Zeitung (SZ) die problematische Schieflage in der deutschen Debatte: „Wer nicht für uns – und damit auch die steigenden Gewinne usw. der Rüstungsindustrie – ist, ist gegen uns und Opfer der feindlichen Propaganda“, nach diesem Schema laufe der Diskurs ab. Anhand eines Artikels von Mai 2025 zeigte er auf, wie legitime Kritik an der Rüstungsindustrie mit dem Vorwurf der „Desinformation“ in die Nähe feindlicher Aktivitäten – wie staatlich gelenkter Attentate – gerückt wird. Es zeige sich „ein journalistischer Aktivismus, der sich von den explizit erklärten Strategien der PR-Kampagnen leider nicht mehr unterscheiden lässt“.⁶⁰

Auch Hüseyin Doğru wird unterstellt, Desinformation zu betreiben. Wie im Fall der Tageszeitung junge Welt oder Linksunten Indymedia wird ihm der Schutz durch die Pressefreiheit abgesprochen, um die Repressionen zu legitimieren. In der Regierungspressekonferenz vom 29. September 2025 antwortete der Sprecher des Auswärtigen Amts, Josef Hinterseher, auf eine kritische Nachfrage zu den EU-Sanktionen gegen Doğru: „Sie bezeichnen den Betroffenen als Journalisten. Er wurde unter dem Sanktionsregime für Desinformation gelistet. [...] Insofern betrachten wir das, was Sie hier öfter als Kollegen bezeichnen, als Desinformationsakteur.“⁶¹ Wenn Journalismus als Desinformation gebrandmarkt wird, können Angriffe gegen ihn als legitime Akte inszeniert werden, was eine Solidarisierung mit den Angegriffenen verhindert.

Einen Bezugspunkt für die Definition und Identifikation von Desinformation stellt das 2015 gegründete Projekt EUvsDisinfo der East StratCom Task Force des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) dar. Dieses verfolgt laut Selbstdarstellung unter euvsdisinfo.eu hauptsächlich das Ziel, „die Öffentlichkeit für die Desinformationsoperationen des Kreml zu sensibilisieren“. Zu diesem Zweck beschäftigen sich die Mitarbeiter von EUvsDisinfo mit Methoden und Praktiken der Desinformation, sammeln Fälle in einer Datenbank und „informieren und schulen“ unter anderem auch Journalisten.⁶² Der Journalist Eric Bonse bemerkte 2021, der East StratCom Task Force

mangle es „an Transparenz und Offenheit“ und es sei „fast unmöglich, die internen Arbeitsprozesse nachzuvollziehen und die Quellen und Fakten zu prüfen“. Regelmäßig würden Recherche- und Interviewanfragen abgelehnt – „Der Feind hört mit“, heiße es „vielsagend“ seitens des EAD.⁶³ In der dänischen Tageszeitung Politiken wurde schon 2017 kritisiert, die Arbeit der East StratCom Task Force bewege sich selbst an der Grenze zur Desinformation.⁶⁴

Laut EuvsDisinfo ist Desinformation als Teil umfassender Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland (FIMI) zu verstehen. Dabei handle es sich um „ein Muster von manipulativem Verhalten im Informationsbereich, das Werte, Verfahren und politische Prozesse bedroht“ – entsprechende Handlungen seien „in der Regel nicht illegal“.⁶⁵ Lutz Güllner, Leiter der East StratCom Task Force, sagte 2022 in einem Interview: „Wir verharren viel zu sehr bei der Frage: Ist der Inhalt richtig oder falsch?“ Er behauptete, dass Desinformation „oftmals nicht nur konstruiert ist, sondern einen kleinen oder manchmal auch größeren wahren Kern hat“. Laut Güllner richten sich die Maßnahmen nicht gegen abweichende Meinungen, sondern „staatlich kontrollierte Instrumente“, welche die „Minimalstandards einer redaktionellen Tätigkeit und entsprechenden redaktionellen Freiheit“ nicht erfüllen.⁶⁶ Das heißt: Ob jemand als „Desinformationsakteur“ gebrandmarkt und entsprechend mit Repressionen überzogen wird, hängt nicht davon ab, ob seine Äußerungen den Tatsachen entsprechen. Die Entscheidung, welche Journalisten und Medienorgane als solche zählen und entsprechend ihre Ansichten unter dem Schutz der Pressefreiheit äußern dürfen, obliegt intransparenten Institutionen wie der East StratCom Task Force.

Am 7. Mai 2026 sprach Dođru im Rahmen einer Anhörung im EU-Parlament zu „EU-Sanktionen: Angriff auf Rechtsstaat & Grundrechte“. Aufgrund der Sanktionen erteilte die deutsche Bundesregierung ihm jedoch keine Reiseerlaubnis, weshalb er per Onlineübertragung zugeschaltet wurde. Er erklärte, seine journalistische Arbeit sei zur Begründung der Maßnahmen „in das Narrativ von Russland, Destabilisierung, Informationsmanipulation und hybriden Bedrohungen eingeordnet“ worden. Dođru warnte, sein Fall mache die Erosion der Demokratie in Europa deutlich. Es würden genau die Methoden reproduziert, die angeblich bekämpft werden sollen: Die Unterdrückung abweichender Meinungen, die Behandlung von Journalismus als Sicherheitsrisiko, der Einsatz administrativer Macht zur Disziplinierung politischer Äußerungen und das Ersetzen öffentlicher Debatten durch Loyalitätstests. Diese Entwicklung sei mit der fortschreitenden Militarisierung speziell in Deutschland verknüpft: „Krieg wird zur Antwort auf wirtschaftlichen Niedergang“ und „Aufrüstung wird zum Industrieprogramm“ – angesichts dessen müsse „Dissens unterdrückt werden, denn eine Gesellschaft, die sich auf den Krieg vorbereitet, kann nicht zu viel öffentliche Skepsis dulden“. Dođru fasste zusammen: „Wenn Berichterstattung über Protest zum Beweis für Destabilisierung wird, hat der Staat aufgehört, den Journalismus als demokratische Funktion zu begreifen, und begonnen, ihn als feindliche Aktivität zu behandeln.“⁶⁷

3.4 Wenn Unrecht zu Recht wird

Der Schutz von Journalisten durch rechtsstaatliche Normen wird über die Klassifikation als „Desinformation“ umgangen. Entscheidend ist dabei nicht, ob die betreffenden Informationen den Tatsachen entsprechen, sondern es wird in außergerichtlichen Verfahren festgestellt, ob bestimmte Äußerungen mit den militärischen Interessen des eigenen Machtblocks vereinbar sind. Unter dieses Verständnis von Desinformation kann also auch das Äußern von Tatsachen fallen; auch legale Handlungen können als Desinformation markiert und sanktioniert werden – so geschieht es gerade im Fall Dođru. Die Sanktionen gegen ihn haben laut Europäischem Rat „keinen strafenden Charakter“, sondern sollen sich im Sinne der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ auswirken.⁶⁸ Das Auswärtige Amt beschreibt Sanktionsmaßnahmen allgemein als ein außen- und sicherheitspolitisches Instrument der EU mit dem Zweck, nicht nur Staaten, sondern auch „spezifische Personen, Organisationen oder Unternehmen dazu zu bewegen, ihr Verhalten zu ändern“. Zudem sollen sie „präventiv“ als Abschreckung wirken: Die Bedrohung durch eine „mögliche Sanktionierung beeinflusst die Entscheidungen von Regierungen, Personen oder Unternehmen im besten Fall bereits vorher“.⁶⁹

Hüseyin Dođru selbst beschrieb dieses Vorgehen als Teil der „Militarisierung von Information“. Der materiellen Aufrüstung müsse auf der ideologischen Ebene entsprochen werden, deshalb würden abweichende Meinungen eingeschränkt: „Der Journalismus muss gefügig gemacht – oder unmöglich gemacht – werden.“ Hierbei gehe es nicht um „Kriminalität“, sondern „Interpretation“ und „politische Etikettierung“ im Namen der wehrhaften Demokratie – faktisch handle es sich jedoch um „Zensur“, welche „ohne die Unterschrift des Zensors“ auskomme. Dođru sagte, er werde bestraft und unter Druck gesetzt, um seine „politische Ausdrucksweise zu ändern“ und seine „Berichterstattung mit der Außenpolitik der EU in Einklang“ zu bringen. Es handle sich bei den „Disziplinarmaßnahmen“ letztlich um „eine Warnung an jeden Journalisten, Verleger und Andersdenkenden, dass politische Nonkonformität nicht geduldet wird“. Da es sich formal nicht um Strafmaßnahmen handelt, „finden die Garantien des Strafrechts keine volle Anwendung“: Es gebe kein faires Gerichtsverfahren, die Unschuldsvermutung gelte nicht, er habe kein Recht, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu kennen und Beweismittel anzufechten, bevor die Sanktion wirksam wurde. Anstelle des rechtsstaatlichen Prinzips „im Zweifel für den Angeklagten“ trete ein anderes Prinzip: „Im Zweifel wird der Einzelne nicht geschützt, sondern eingeschränkt“. Der Antrag an den Rat der EU, die Sanktionen zu überprüfen, wurde abgelehnt. Ein 38-seitiges Dossier, das die gegen Dođru verwendeten Beweismittel enthält, wurde als vertraulich eingestuft und darf nicht veröffentlicht werden. Dođru betonte, dass das Material „kein strafrechtlich relevantes Verhalten“ belege und „keinerlei Hinweise auf eine russische Steuerung“ enthalte, das Wort „Russland“ tauche nicht einmal darin auf. Stattdessen würden „journalistische Beiträge und politische Meinungsäußerungen als Beispiele für Desinformation“ angeführt.⁷⁰

Da es sich nicht um gerichtlich begründete und beschlossene Maßnahmen handelt, sind sie auch nicht ohne Weiteres anfechtbar. In einem Interview erklärte Dođru, dass bürgerliche Rechte angesichts der fortschreitenden Militarisierung „für den deutschen Imperialismus [...] ein Hindernis“ seien. Es wäre juristisch nicht möglich gewesen, gegen ihn ein gerichtliches Urteil zu fällen. Um die Repression ausführen zu können, musste der Rechtsweg umgangen werden – das Verfahren auf EU-Ebene fand als „außergerichtlicher Prozess“ und „hinter verschlossenen Türen“ statt.⁷¹ Formal ist eine Klage vor dem Gericht der Europäischen Union (EuG) oder vor einem deutschen Gericht gegen die Umsetzung der Sanktionen durch nationale Behörden möglich, doch es handelt sich um komplexe und langwierige Verfahren. Das Amtsgericht Frankfurt am Main lehnte einen Eilantrag Dođrus bezüglich der Nutzung seines Kontos im Frühjahr 2026 ab.⁷² Ende Mai 2026 erklärte Dođru: „Wir warten immer noch auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichts.“ Seinem Antrag auf eine schnellere Entscheidung war nicht stattgegeben worden.⁷³

Ein Gutachten von Ninon Colneric, einer ehemaligen Richterin des Europäischen Gerichtshofs, und Alina Miron kam im Herbst 2025 zu dem Schluss, dass Sanktionen wie im Fall Dođru in mehrfacher Hinsicht gegen EU-Recht verstoßen. Colneric und Miron stellten zudem fest, dass diese Maßnahmen gegen ihn es riskant machen, Themen anzusprechen, die Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen sind – denn die Wiedergabe von Informationen könnte als Desinformation bezeichnet werden. Sie schreckten Journalisten davon ab, von ihrem Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit Gebrauch zu machen, wenn es um bestimmte Themen gehe.⁷⁴ Der Rote Hilfe-Sprecher Ezra Abendrot brachte es gegenüber dem Magazin Jacobin auf den Punkt: „Wenn Journalist*innen durch Sanktionen oder Debanking faktisch ihrer beruflichen und materiellen Existenz beraubt werden, ist das ein Angriff auf Presse- und Meinungsfreiheit.“⁷⁵ Von Maßnahmen im Sinne des „Debanking“, also der Entziehung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen, waren zuletzt auch der Rechtshilfeverein Rote Hilfe e.V. und ein Bezirksverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Berlin-Treptow betroffen. Selbst wenn infolge jahrelanger Auseinandersetzungen schließlich die Unrechtmäßigkeit derartiger Maßnahmen anerkannt wird: Der Abschreckungseffekt führt zur Vermeidung sensibler Themen aus Angst vor Repression, Überwachung oder beruflichen Konsequenzen. Die einschüchternde Wirkung auf andere Journalisten zeigt auch der Fall Assange.⁷⁶

Zum Jahrestag der Sanktionierung Dođrus am 20. Mai 2026 initiierte die BSW-Politikerin Sevim Dagdelen eine Solidaritätskampagne, die von prominenten Kulturschaffenden, Politikern, Journalisten und Intellektuellen aus dem In- und Ausland unterstützt wird. Auf der Website der Kampagne unter free-dogru.com heißt es: „Dođru hat keine Straftat begangen, sondern wurde zum Opfer politischer Willkür.“ Dagdelen sprach von einem „frontalen Angriff auf die Pressefreiheit und die Meinungsäußerungsfreiheit“.⁷⁷

3.5 Fortgesetzte Angriffe auf die Pressefreiheit

Das ZDF hat zuletzt interne Vertragsklauseln eingeführt, welche Mitarbeitern und Sendungsmitwirkenden die Zusammenarbeit mit bestimmten Personen oder Organisationen untersagen. Die Auswahl der Betroffenen basiert unter anderem auf US-amerikanischen Sanktions- und sogenannten Terrorlisten, die vom Office of Foreign Assets Control (OFAC) geführt werden. Die bedeutendste dieser Listen ist die Specially Designated Nationals and Blocked Persons-Liste (SDN-Liste), auf der auch die sogenannte Antifa-Ost gelistet wurde. Journalisten, die für das ZDF arbeiten, müssen nun prüfen, ob Gesprächspartner oder Experten auf der Liste stehen; die bloße „Existenz der Klausel kann Recherchen im Vorfeld einschränken“.⁷⁸

Eine andere Bedrohung für Medienschaffende stellt aktuell der Entwurf des neuen BND-Gesetzes dar, der Dauer und Ausmaß der Datenspeicherung ausweitet, und es erlaubt, Inhalte von Mails und Chatnachrichten zwischen Deutschland und dem Ausland einzusehen und Betreiber von Onlinediensten, Plattformen und IT-Infrastruktur in Deutschland zu hacken, um an Daten zu kommen. Der Entwurf zeigt, so die Journalisten Manuel Bewarder und Florian Flade – wobei letzterer, wie die IMI bereits 2022 anmerkte, sich „gerne investigativ gibt, aber eher als Pressesprecher der deutschen Sicherheitsbehörden agiert“⁷⁹ – in einem Tagesschau-Beitrag: „Die Zeitenwende kommt auch bei der Strategischen Aufklärung an.“ Zudem wird in diesem Kontext der Schutz von Journalisten vor Überwachung infrage gestellt: „Mitarbeiter von Staatsmedien autoritärer Staaten“ sind laut Kanzleramt „faktisch keine unabhängigen Journalisten“.⁸⁰ Über die Aberkennung des Journalistenstatus werden auch hier Eingriffe in die Pressefreiheit gerechtfertigt. Der DJV-Bundsvorsitzende Mika Beuster kritisiert, dass infolgedessen der Austausch mit ausländischen Informanten ausgespäht werden könnte: „Das würde für das Redaktionsgeheimnis und den Informantenschutz das Ende bedeuten“. Auch vor der Lockerung des Schutzstatus von Journalisten warnt Beuster: Dieser sei „jetzt schon nicht absolut“, das geplante „Aufweichen kommt einer Abschaffung gleich“.⁸¹

Angesichts des herrschenden Drucks müssten gerade Gewerkschaften wie die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) „für alle, die einen Job haben, in dem es darum geht, die Wahrheit festzustellen, Fragen und Befunde zu verbreiten, da sein“, sagte die Grünen-Politikerin und Publizistin Marina Weisband – die sich ansonsten beispielsweise für Waffenlieferungen an die Ukraine stark macht – in einem Interview.⁸² Gegen die massive Verschlechterung journalistischer Arbeitsbedingungen, die Prekarisierung und auch die zunehmenden Repressionen käme den Gewerkschaften tatsächlich eine entscheidende Rolle als Schutz- und Organisationsstruktur zu.

Hüseyin Dođru schrieb auf X, er habe seine Gewerkschaft ver.di und die DJU kontaktiert – doch diese hätten „sich dafür entschieden zu schweigen“. Anstatt ihn zu unterstützen und die Pressefreiheit zu verteidigen, dulden die Gewerkschaften die Sanktionsmaßnahmen und machen

sich die fadenscheinigen Argumentationen staatlicher Stellen zu eigen. So ließ der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) verlautbaren, er sehe keinen Anlass, die Behauptung des Auswärtigen Amtes, wonach Dođru „für die mit dem russischen Propagandakanal RT verflochtene Plattform RED“ tätig sei, infrage zu stellen. Die DJU und auch die deutsche Sektion von Reporter ohne Grenzen (RSF) kommentierten den Fall auf Anfrage der Tageszeitung ND nicht. Im RSF-Jahresbericht von April 2025 wurde behauptet, Dođru habe „eine Kampagne gegen den für seine proisraelische Berichterstattung von einem Lobbyverband ausgezeichneten ‚Taz‘-Angestellten Nicholas Potter gestartet“. Als Quelle wurde lediglich auf eine entsprechende Behauptung Jörg Reichels, des Landesgeschäftsführers der DJU, auf X verwiesen. Dabei hatte sogar die Staatsanwaltschaft Berlin schon im Januar 2025 bestätigt, dass durch Dođru „keine unwahren Tatsachenbehauptungen“ über Potter verbreitet“ worden waren.⁸³ Berufsverbände und Gewerkschaften bieten nicht nur keine Unterstützung gegen die Sanktionen, sondern beteiligen sich mitunter sogar an der Kampagne gegen den Journalisten.

In einem offenen Brief an die DJU-Bundesvorsitzende Danica Bensmail und den ver.di-Bundesvorsitzenden Frank Werneke kritisierte der Journalist Rüdiger Göbel Ende Mai 2026 das „Wegschauen und Totschweigen“ in den Organisationen und attestierte ihnen „gewerkschaftliches wie journalistisches Totalversagen“. Unabhängig von der inhaltlichen und politischen Bewertung des Falles müsse „die Einschränkung journalistischer Arbeit und die totale Sanktionierung eines Journalisten für eine Gewerkschaft Anlass sein, sich schützend vor ihr Mitglied zu stellen“. Göbel kündigte an: „Bis zu einer klaren öffentlichen Positionierung und einem sichtbaren Einsatz für Hüseyin Dođru werde ich meine weiteren Beitragszahlungen aussetzen“, und forderte andere auf, es ihm gleichzutun.⁸⁴

Interessant ist in diesem Kontext auch das nationale und internationale Presseecho: In den deutschen Leitmedien wurde die Sanktionierung Dođrus „überwiegend ignoriert oder nur am Rand thematisiert“, Berichterstattung kam meist von alternativen, linken oder palästinasolidarisch ausgerichteten Medienorganen – ein „deutliches Muster“, so ein Kommentator. Der Fall Dođru sei „ein Prüfstein für die Frage geworden, wer Pressefreiheit unter welchen Bedingungen verteidigt“. ⁸⁵ Junge Welt-Chefredakteur Nick Brauns kommentierte diese Weigerung, „über die Drangsalierung eines Journalistenkollegen zu berichten“, und warnte, jener „vorausseilende Gehorsam gegenüber dem Wahrheitsregime von EU und Bundesregierung könnte die Kolleginnen und Kollegen noch einmal teuer zu stehen kommen“. Hier werde „ein Präzedenzfall geschaffen, um in Zeiten russophober Kriegsertüchtigung und genozidaler Staatsräson abweichende Stimmen als vermeintliche Desinformation zu sanktionieren und auf Linie zu zwingen“. ⁸⁶

Eine Entsolidarisierung mit Berufskollegen ließ sich bereits in den vergangenen Jahren gegenüber Medienschaffenden in Palästina beobachten. Von den 129 weltweit getöteten Journalisten im Jahr 2025 starben zwei Drittel durch israelischen Beschuss.⁸⁷ Anstatt kritisch zu intervenieren, übernahmen deutsche Medien das Narrativ

von den Hamas-Terroristen, mit dem das Vorgehen Israels gerechtfertigt wurde: „Wir erinnern uns an Titel wie ‚Können Journalisten Terroristen sein?‘ oder ‚Al-Jazeera: Schützenhilfe für die Hamas‘, an unzählige weitere Berichte, in denen die bis heute meist unbelegten oder falschen Vorwürfe israelischer Sprecher und Militärs unwidersprochen aufgegriffen und weiter verbreitet wurden.“⁸⁸ Auch dieses Verhalten der Redaktionen muss im Kontext der oben beschriebenen „Zensur ohne Zensor“ verstanden werden. Eine Lockerung des Drucks auf kritischen Journalismus ist nicht abzusehen.

Fazit: Der Krieg wirft seine Schatten voraus

Die Militarisierung der Gesellschaft hat zunehmend Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit zur Folge. Repressionen gegen kritische Journalisten erfolgen dabei weniger durch offene Zensur als in Form ökonomischen Drucks, politischer Sanktionen und der Delegitimierung ihrer Positionen. Gerade deshalb erscheinen diese Entwicklungen mitunter schwer greifbar, obwohl ihre Wirkung auf journalistische Praxis und öffentliche Debatten erheblich ist. Auch ohne strafrechtliche Normen zu verletzen kann kritische Berichterstattung eingeschränkt und sanktioniert werden. Die vielbeschworene Pressefreiheit bietet nur bedingt Schutz – im Zweifel wird der Journalisten- bzw. Pressestatus in Abrede gestellt, wodurch die so Gebrandmarkten jeden Schutz verlieren. Wer der im Zweifel auch völkerrechtswidrigen Durchsetzung „westlicher Werte“ mit militärischen Mitteln und dem erneuten deutschen Großmachtstreben im Weg steht, gerät leicht ins Fadenkreuz.

Die Medien sind dabei nicht nur Opfer, sondern treiben in weiten Teilen selbst die Militarisierung und die entsprechende ideologische Aufrüstung voran. Unter dem Schlagwort „Desinformation“ werden die Grenzen der kritischen Berichterstattung verschoben, wobei insbesondere antimilitaristische und internationalistische Positionen unter Verdacht gestellt werden. Der Druck auf Journalisten, die sich in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen bedroht sehen, steigt. Die problematischen Auswirkungen vorhandener marktwirtschaftlicher Mechanismen auf journalistische Arbeit werden damit weiter verstärkt. Die Konsequenzen der Kategorisierung von Presse und Rundfunk als Kritische Infrastruktur sind bisher nur grob absehbar. Sanktionen ohne Gerichtsverfahren, faktische Berufsverbote und die Umgehung rechtsstaatlicher Garantien wie im Fall Dođru markieren eine neue Qualität des Umgangs mit kritischem Journalismus. Dass viele Medienschaffende sowie Journalistenverbände und Gewerkschaften nicht dagegen protestieren und sich sogar an dieser Diffamierung beteiligen, verstärkt die Isolation Betroffener und trägt zur Normalisierung solcher Eingriffe bei.

Aktuell befindet sich die Bundesrepublik Deutschland nicht offiziell im Krieg. Die aufgezeigten Entwicklungen lassen jedoch erahnen, dass im tatsächlichen Kriegsfall entsprechend mit einem weitaus rabiateren Vorgehen gegen kritische Stimmen zu rechnen ist. Wie das aussehen kann, zeigt ein Blick in die deutsche Geschichte: Massive

14 IMI-Studie 4/2026

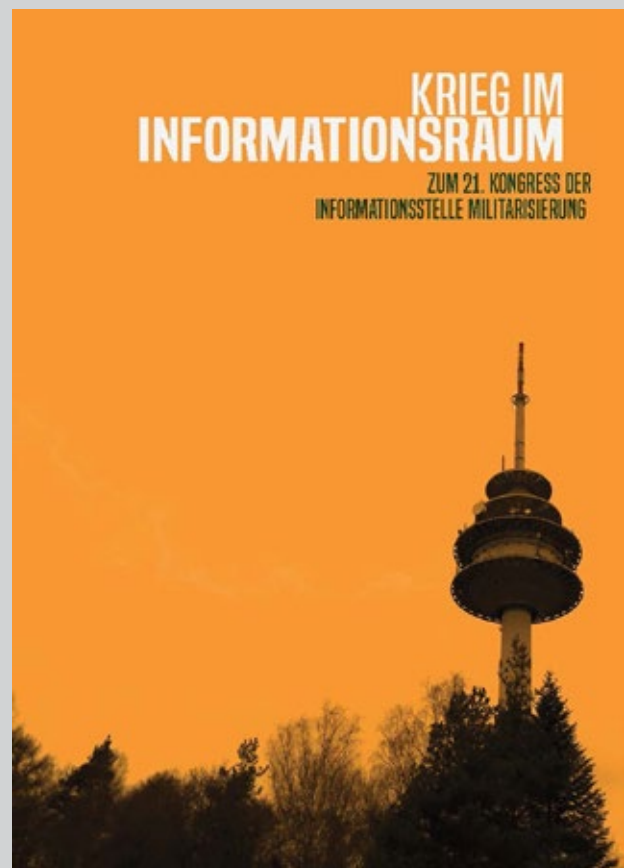
Pressezensur durch staatliche Stellen wurde eingeführt, ein vollständiges Verbot von Kritik am Krieg wurde durchgesetzt und Diffamierung, Verfolgung und Inhaftierung von Kriegsgegnern waren an der Tagesordnung. Gleichzeitig fand eine systematische Gleichschaltung der Medien statt, um Durchhalteparolen propagandistisch zu verbreiten und das deutsche Großmachtstreben zu verherrlichen. Einen solchen Zustand haben wir aktuell noch nicht erreicht – erst recht ein Grund, der zunehmenden Kriegstreiberei entschlossen zu widersprechen.

Anmerkungen

- 1 Hüseyin Dođru @hussedog, [instagram.com](https://www.instagram.com/hussedog), 3.5.2026.
- 2 Martin Sonneborn: Free Assange!, [youtube.com](https://www.youtube.com), 19.2.2024.
- 3 Edward S. Herman, Noam Chomsky: Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media. Pantheon Books New York 2002, S. 299, eigene Übersetzung.
- 4 Siegfried Weischenberg: Medienkrise und Medienkrieg. Brauchen wir überhaupt noch Journalismus? Springer Fachmedien Wiesbaden 2018, S. 228
- 5 Matthias Rude: DIE GRÜNEN. Von der Protestpartei zum Kriegsakteur, Hintergrund Berlin 2023, S. 48, vgl. 58f.
- 6 Wilhelm Kempf: Die Rolle der Medien bei der Konstruktion von Krieg und Frieden, FriedensForum 1/2010, [friedenskooperative.de](https://www.friedenskooperative.de).
- 7 vgl. IMI-Ausdruck mit dem Schwerpunkt Medien, Dezember 2023.
- 8 Matthias Rude: Erst Europa, dann die Welt. Das neue deutsche Großmachtstreben und die Medien, Hintergrund 4/2015, S. 28ff.
- 9 Günter Herkel: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse, [mmm.verdi.de](https://www.mmm.verdi.de), 9.7.2014.
- 10 Markus Kompa: BGH hebt Urteile gegen ZDF „Die Anstalt“ auf, [lto.de](https://www.lto.de), 10.1.2017.
- 11 Ingar Solty: Innere Zeitenwende. Die Militarisierung von Deutschlands Gesellschaft und Alltagskultur. VSA Hamburg 2026, S. 55.
- 12 Klaus Weber: Kampfblatt des autoritären Liberalismus. Die Frankfurter Allgemeine als Wegbereiterin von „Kriegstüchtigkeit“, VSA Hamburg 2025, S. 16.
- 13 ebd., S. 35.
- 14 ebd., S. 20.
- 15 ebd., S. 149ff.
- 16 Medien plädieren überwiegend für Waffenlieferungen an die Ukraine und sehen die deutsche Regierung kritisch, [presse.uni-mainz.de](https://www.presse.uni-mainz.de), 15.12.2022.
- 17 Jonas Uphoff: Von der Schmutzdecke in die Systemrelevanz. Die mediale Zeitenwende im öffentlichen Diskurs über Rheinmetall, IMI-Studie, 16.4.2024.
- 18 Marcus Maurer; Jörg Haßler; Pablo Jost: Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg, 31.1.2023, S. 20.
- 19 Leo Keller; Harald Welzer: Die veröffentlichte Meinung, [fischerverlage.de](https://www.fischerverlage.de), 19.4.2023.
- 20 Günter Herkel: Die Militarisierung der Medien, [mmm.verdi.de](https://www.mmm.verdi.de), 7.3.2024.
- 21 Simon David Dressler: Die Sache mit den Medien. Essay über Militarisierung in Talkshows und auf Social Media, IMI-Ausdruck März 2026.
- 22 Renate Dillmann: Medien. Macht. Meinung., Papyrossa Köln 2025, S. 226ff.
- 23 Michael Parenti: Inventing Reality. The Politics of Mass Media, St. Martin's Press New York 1986, S. 10, eigene Übersetzung.
- 24 Fabian Goldmann: Staatsräsonfunk. Deutsche Medien und der Genozid in Gaza. Manifest Verlag 2026, S. 21.
- 25 ebd., S. 373.
- 26 ebd., S. 375ff.
- 27 Renate Dillmann: Medien. Macht. Meinung., Papyrossa Köln 2025, S. 116ff.
- 28 Jan Kadel: Masse und Klasse. Zensur ohne Zensor. Über die Funktionsweise von Massenmedien im Kapitalismus, [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de), 14.3.2025.
- 29 Edward S. Herman, Noam Chomsky: Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media. Pantheon Books New York 2002, S. 17, eigene Übersetzung.
- 30 Jan Kadel: Masse und Klasse. Zensur ohne Zensor. Über die Funktionsweise von Massenmedien im Kapitalismus, [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de), 14.3.2025.
- 31 Peter Wolter: „Niemand wagt es, laut zu protestieren“, Gespräch mit Jonas Jones, [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de), 15.5.2014.
- 32 Reporter ohne Grenzen e.V.: Nahaufnahme 2026: Der RSF-Report zur Lage der Pressefreiheit in Deutschland, 1.2.2026.
- 33 European Centre for Press and Media Freedom: Strapazierter Journalismus: Anfeindungen und strukturelle Belastungen von Journalist:innen in Deutschland, [ecpmf.eu](https://www.ecpmf.eu), 26.3.2026.
- 34 Thomas Fazi: Brussel's media machine: EU media funding and the shaping of public discourse, Mathias Corvinus Collegium Brussels, Juni 2025, S. 13f, eigene Übersetzung.
- 35 zitiert nach Christoph Marischka: Europa im Kommunikationskrieg, Krieg im Informationsraum. Dokumentation des 21. Kongress der Informationsstelle Militarisierung, März 2018, S. 13-15.
- 36 Florian Zechmeister: Studie: Überwachung von Journalisten in westlichen Demokratien nimmt autokratische Züge an, [netzpolitik.org](https://www.netzpolitik.org), 15.12.2016.
- 37 James Sterling Corum u.a.: Mitigating Disinformation Campaigns against Airpower, The Joint Air Power Competence Centre, Mai 2017, S. 40, 181; vgl: Christopher Schwitanski: Ein Beispiel für Nato-Kriegspropaganda, IMI-Analyse, 13.10.2017.
- 38 Armida van Rij: How to build public support for defence spending in Europe, [cer.eu](https://www.cer.eu), 10.3.2026.
- 39 Bundesministerium des Innern: Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie), 17.6.2009.
- 40 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Sektor Medien und Kultur. Branchen und kritische Dienstleistungen, [bbk.bund.de](https://www.bbk.bund.de).
- 41 Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: KRITIS-Sektor. Medien und Kultur, [bbk.bund.de](https://www.bbk.bund.de).
- 42 Renate Dillmann: Medien. Macht. Meinung., Papyrossa Köln 2025, S. 116.
- 43 Matthias Gebauer, Gerald Traufetter: Geheimdienst MAD sollte kritische Journalisten ausspähen, [spiegel.de](https://www.spiegel.de), 6.5.2015.
- 44 Peter Nowak: Ermittlungen gegen linke Plattform. Indymedia-Verfahren eingestellt, [taz.de](https://www.taz.de), 1.8.2022.
- 45 Wolfgang Janisch: Der Klassenkrampf, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de), 18.5.2021.
- 46 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, Deutscher Bundestag - Drucksache 19/28956, PDF: [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de).
- 47 Maryam Kamil Abdulsalam: Die „Junge Welt“ darf weiterhin vom Verfassungsschutz erwähnt werden, [lto.de](https://www.lto.de), 18.7.2024.
- 48 Beschluss (GASP) 2022/351 des Rates zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, eur-lex.europa.eu, 1. März 2022. Vgl. Wolfgang Schulz: Informationsfreiheit im Ausnahmezustand, [lto.de](https://www.lto.de), 23.4.2022.
- 49 Paula Rhein-Fischer: BVerwG lässt wenig Raum für vereinsrechtliche Medienverbote, [lto.de](https://www.lto.de), 5.11.2025.
- 50 Julian Assange: Der WikiLeaks-Gründer ist wieder in Freiheit!, [amnesty.de](https://www.amnesty.de), 4.10.2025.
- 51 Beschluss (GASP) 2024/2643 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands, eur-lex.europa.eu, 8.10.2024.
- 52 Caspar Shaller: „Du bist existenziell auf null gestellt“, [jacobin.de](https://www.jacobin.de), 6.3.2026.
- 53 Beschluss (GASP) 2024/2643 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands, eur-lex.europa.eu, 8.10.2024.
- 54 Hüseyin Dođru @hussedogru, x.com, 3.9.2025.
- 55 Hüseyin Dođru @hussedogru, x.com, 15.7.2025.
- 56 Hüseyin Dogru: The German Government Prevented Me From Speaking About Press Freedom at the European Parliament, [hussedogru.substack.com](https://www.hussedogru.substack.com), 8.5.2026.
- 57 Beschluss (GASP) 2025/2572 des Rates zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2024/2643 über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands, eur-lex.europa.eu.

- eu, 15.12.2025.
- 58 Ulrich Bausch: Skandalöse EU-Sanktionen für Journalisten, [taz.de](https://www.taz.de), 8.5.2026.
- 59 Regierungspressekonferenz, [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de), 17.12.2025.
- 60 Christoph Marischka: Süddeutsche Zeitung: „Durchdachtes Storytelling“ für die Rüstungsindustrie, IMI-Standpunkt, 3.6.2025.
- 61 Regierungspressekonferenz, [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de), 29.9.2025.
- 62 EUvsDisinfo: Mission und Aufgaben, euvsdisinfo.eu.
- 63 Eric Bonse: Wie EU und Nato gegen Desinformation vorgehen. Schutz vor „hybriden Angriffen“ aus Russland – oder Eingriff in die Informations- und Medienfreiheit? [medien-meinungen.de](https://www.medien-meinungen.de), 6.10.2021, S. 7.
- 64 John Hansen, Thomas Heine: EU er fanget i propaganda-krigens tåger. politiken.dk. 27.2.2017.
- 65 EUvsDisinfo: „Gegen die fortlaufenden Desinformationskampagnen von Russland vorgehen“: acht Jahre EUvsDisinfo, euvsdisinfo.eu, 5.7.2023.
- 66 Kathi Preppner: „Das Problem ist, dass Desinformation oft einen wahren Kern hat“, politik-kommunikation.de, 29.11.2022.
- 67 Hüseyin Doğru: The German Government Prevented Me From Speaking About Press Freedom at the European Parliament, hussedogru.substack.com, 8.5.2026, eigene Übersetzung.
- 68 Europäischer Rat: Warum verhängt die EU Sanktionen? consilium.europa.eu, 12.4.2024.
- 69 Auswärtiges Amt: Sanktionen, auswaertiges-amt.de, 27.2.2026.
- 70 Hüseyin Doğru: The German Government Prevented Me From Speaking About Press Freedom at the European Parliament, hussedogru.substack.com, 8.5.2026, eigene Übersetzung.
- 71 Kommunisten Kneipe: Hüseyin Doğru im Gespräch: EU-Sanktionsregime, gemeint sind wir alle!, youtube.com, 7.4.2026.
- 72 Raphael Schmeller: Gericht bestätigt Kontosperr: Berliner Journalist droht wegen EU-Sanktionen die Obdachlosigkeit, berliner-zeitung.de, 24.3.2026.
- 73 Kristian Stemmler: Ein Jahr Sanktionen. EU-Maßnahmen gegen den linken Journalisten Hüseyin Doğru: Solidaritätskampagne gestartet, jungewelt.de, 22.5.2026.
- 74 Ninon Colneric, Alina Miron: Legal Opinion, 31.10.2025, S. 25, 52.
- 75 Caspar Shaller: „Du bist existenziell auf null gestellt“, jacobin.de, 6.3.2026.
- 76 Peter Greste: My own prison ordeal gave me a taste of what Assange may be feeling. He’s out, but the chilling effect on press freedom remains, abc.net, 25.6.2024.
- 77 Kristian Stemmler: Ein Jahr Sanktionen. EU-Maßnahmen gegen den linken Journalisten Hüseyin Doğru: Solidaritätskampagne gestartet, jungewelt.de, 22.5.2026.
- 78 ZDF übernimmt Sanktionslisten von Trump-Regierung, perspektive-online.net, 1.4.2026.
- 79 Sahel: Geisel frei, IMI-Aktuell, imi-online.de, 9.12.2022.
- 80 Manuel Bewarder, Florian Flade: Mehr Speichern, mehr Überwachen, mehr Hacken, tagesschau.de, 8.1.2026.
- 81 Deutscher Journalisten-Verband: Pressemitteilung, djuv.de, 9.1.2026.
- 82 Claudia Krieg: „Gewerkschaften müssen Schutz bieten“, Interview mit Marina Weisband, mmm.verdi.de, 15.5.2025.
- 83 Matthias Monroy: Gewerkschaft klatscht zu EU-Sanktionen gegen Hüseyin Doğru, nd-aktuell.de, 30.3.2026.
- 84 Rüdiger Göbel: Macht eure Arbeit, schützt Journalisten! Ein offener Brief an die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion in Verdi, die zur Sanktionierung des Journalisten Hüseyin Doğru beharrlich schweigt, jungewelt.de, 26.5.2026.
- 85 Der Fall Hüseyin Doğru: Wie Brüssel einen deutschen Journalisten und seine Familie wirtschaftlich vernichtet – ohne Anklage, ohne Urteil, netz-trends.de, 28.5.2026.
- 86 Nick Brauns: Sippenhaftung. Sanktionierung von Hüseyin Doğru, jungewelt.de, 29.5.2026.
- 87 Mehrheit starb durch israelischen Beschuss: 129 getötete Journalisten im vergangenen Jahr, tagesspiegel.de, 25.2.2026
- 88 Julian Daum: Mitgeschossen: Deutsche Medien gefährden ihre Kollegen, nd-aktuell.de, 11.8.2025.

Siehe von IMI ebenfalls zum Thema:



ANTI MILITARISMUS BLEIBT NOTWENDIG



Wir haben was gegen Aufrüstung & Sozialabbau. Du auch? Tiefgehende Recherchen, knackige FactSheets, Kontexte & Standpunkte - schon immer ohne Paywall und kostenlos zum Download auf imi-online.de und auf Social Media. Findest Du gut? Werde jetzt Mitglied! Antimilitarismus braucht Analysen! IMI braucht Euch!

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.
Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:
**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen**

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.